

Karl Mai  
E.-Hübener-Str. 34  
06132 Halle/S.

Halle, den 20.11. 98

### **Einige Anmerkungen zu Bodo Hombach's Buch**

*Bodo Hombach, "Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte", ECON Verlag 1998*

Die "geistige Verdauung" der neuen Hombach-Bibel wird zweifellos dadurch schwieriger, weil dort nicht nur scharfe zutreffende Kritik an Politikergebnissen der alten Bundesregierung zu finden ist. Auch abwegige volkswirtschaftliche Argumente und längst schon widerlegte neoliberale Maximen (in einem "Modernisierungsgemisch") verschmäht der Autor nicht. Bei einigen Stichpunkten ist sogar mit sozialdemagogischen Effekten zu rechnen.

Nachstehend im Einzelnen einige beispielhaft ausgewählte Zitate von Text-Passagen und kritische Anmerkungen dazu:

1. *"Wir brauchen die Einführung des ökonomischen Denkens auch in der Sozial- und Gesellschaftspolitik, zu ihrem eigenen Nutzen." (S. 69)*

Hier wird der Anschein erweckt, als wäre dies eine aktuelle dringliche Erkenntnis. In Wirklichkeit haben die ökonomischen Dogmen der derzeit herrschenden angebotsorientierten neoliberalen Wirtschaftsideologie (Reaganomics, Thatcherismus, Standortideologie, Demontage des Sozialstaates) bereits die politische Praxis der Industriestaaten durchsetzt und zu ruinösen Ergebnissen in breiten gesellschaftlichen Bereichen geführt.

Die erbarmungslose Ausplünderung von Wirtschaftsregionen und Staaten durch die freien Finanzmärkte lieferte in letzter Zeit in Form der Weltfinanzkrise(n) widerliche Beispiele für "ökonomisches Denken" in der gewöhnlichen Praxis.

In den USA vollzieht sich schon die Abkehr von den einseitigen Angebotsdogmen auch in Ökonomenkreisen. Eine geistige Bewegung gegen den "Terror der Ökonomie" ist europaweit im Gange, und eine Rückbesinnung auf die verschütteten "moralischen Kategorien" in der Gesellschaftspolitik wird auch öffentlich eingefordert.

Außerdem: unter "ökonomischem Denken" wird von Hombach hier einseitig das unternehmerorientierte betriebswirtschaftliche Denken impliziert. Dies schließt eine lineare Logik der Interessen aus Unternehmersicht ein, ohne auf die komplexen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge oder den Wirtschaftskreislauf (mit wirtschaftlicher Rolle des Staates) abzustellen.

Es ist gerade die Mißachtung der Kreislauftheorie, die das Scheitern angebotsorientierter Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus auf dem Binnenmarkt erklärt. Auch Aspekte der Wachstumstheorie betrifft dies mit. Wie noch zu zeigen sein wird, führt dies zu fragwürdigen Ansätzen bei den Empfehlungen Hombachs zur Lohnpolitik.

2. *"Der Wohlfahrtsstaat läßt den Arbeitnehmern nicht die Luft, ihre persönliche soziale Sicherung stärker in die eigenen Hände zu nehmen." (S. 79)*

Als der früher existente Wohlfahrtsstaat noch in "voller Blüte" stand, d.h. zu Zeiten der Vollbeschäftigung und sehr geringer Staatsverschuldung, bestand offenbar kein gesellschaftliches Interesse für die Arbeitnehmer daran, "ihre persönliche soziale Sicherung" zusätzlich privat zu (teil-) finanzieren. Die staatliche Sozialversicherung garantierte den erwarteten sozialen Mindeststandard im Versicherungsfall von Arbeitslosigkeit und Krankheit.

Dieser Wohlfahrtsstaat ist völlig passé, weil es jetzt weder Vollbeschäftigung noch sehr geringe Staatsverschuldung gibt. Hohe und permanente Arbeitslosigkeit reduziert die Einnahmen der Sozialversicherung und erhöht ebenso ihre Ausgaben, neue chronische Defizite erfordern ihren Ausgleich. Die eskalierenden Belastungen der Gesellschaft durch zu hohe Arbeitslosigkeit und zu hohe Staatsverschuldung allein nun erreichen außergewöhnliche Haushaltsdimensionen.

Der Staat sieht sich also zunehmend außerstande, über das obligatorische Sozialversicherungssystem die landesüblichen sozialen Standards der Arbeitnehmer zu garantieren. Insofern ist ein finanzieller Notstand akut, der zum Abbau der obligatorischen Leistungen der Krankenversicherung pro Kopf der Empfänger schon geführt hat und weiter droht. Ähnliche "Sparmaßnahmen" treffen die Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

Sofern dies einen Zwang zu zusätzlicher privater Versicherung bzw. privater Vorsorge einleitet, ist es natürlich absolut irreführend davon zu sprechen, der "Wohlfahrtsstaat" lasse den Arbeitnehmern "keine Luft", ihre soziale Sicherung zusätzlich auch privat mit- oder teilzufinanzieren. Es ist vielmehr der Verlust des Wohlfahrtsstaates, der dazu führt, daß zusätzliche private Versicherung und Vorsorge für Arbeitnehmer überhaupt diskutiert oder relevant werden.

Eine andere Frage ist, ob der Arbeitnehmer sich lohnseitig in der Lage sieht, zusätzliche private Sozialabsicherung zu bezahlen. Dies ist eine Frage der Höhe seines realen Nettolohns im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten und der resultierenden Sparquote. Darauf hat aber auch die Bruttolohnhöhe und -entwicklung einen wesentlichen Einfluß, d.h. die Tarifpolitik - und die hängt nicht vom "Wohlfahrtsstaat" ab, was von Hombach leider ausgeklammert wird.

3. *"84 % der Arbeitnehmer glauben mittlerweile, daß Steuern und Abgaben für die Wirtschaftskrise verantwortlich sind."(S. 81)*

Durch Steuern und Abgaben vermindern sich zwar die Nettoeinkommen der Betroffenen, aber keineswegs die gesamtwirtschaftliche Nachfrage - die hängt von allen Einkommensteilen aus der Wertschöpfung ab. Umverteilung ändert zwar die konkrete Einkommensverfügung, aber senkt nicht die gesamte Nachfrage im Sinne von Endverwendung.

Hier erweckt Hombach leider den falschen Eindruck, daß die Staatsquote am Bruttoinlandsprodukt zum Nachfrageentzug auf dem Binnenmarkt führe. Alle Ausgaben, die durch Steuern und Abgaben finanziert werden, fließen jedoch auf den Binnenmarkt zurück und damit letztlich wieder als (zukünftiges) Einkommen in die Wirtschaft. Dies erklärt also keineswegs die Ursachen von Wirtschaftskrisen. Hombach gibt über deren wahre Ursachen keine auch nur akzeptable Auskunft.

Hohe direkte Steuern und Sozialabgaben der Unternehmen bilden für die deutsche

Wirtschaft ebenso keine direkte Krisenursache: die Netto-Kapitalrendite der westdeutschen Produktionsunternehmen steht auf historischem Höchststand (ca. 12 %), deren liquiden Mittel und verfügbaren Bankeinlagen (Cash) erreichen lt. Bundesbank die Billionenhöhe.

4. *"Weder konnte der Anstieg von Steuern und Sozialabgaben durch die Lohnzurückhaltung vollständig aufgefangen werden, noch ließen sich Bruttolohnzuwächse unter diesen Bedingungen in Konsum und Binnennachfrage umsetzen." (S. 80)*

An diesem Satz ist alles irgendwie "verdreht": Jeder Bruttolohnanstieg (unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen) läßt zunächst das Volumen der abzuführenden Steuern und Sozialabgaben ansteigen und fördert direkt den Konsum oder die Binnennachfrage. Stagnierende Bruttolöhne dagegen erhöhen nicht die Massennachfrage. Fallende Nettolöhne jedoch senken ebenfalls nicht die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage, weil die umverteilten Lohnabzüge ebenfalls endverbraucht werden. (Siehe: Pkt. 3)

Lohnzurückhaltung dagegen führt im Zuge der marktwirtschaftlichen Primärverteilung (bei steigender Produktivität) direkt zur Erhöhung der Bruttogewinne. Sie hat also überhaupt nicht das Ziel, den Anstieg von Steuern oder Sozialabgaben irgendwie "aufzufangen". (Gemeint ist hier: Anstieg der Erhebungssätze.)

Wenn allerdings die Bruttolöhne relativ mehr ansteigen als die Nettolöhne, dann deswegen, weil die Lohnsteuern progressiv wirken und/oder die Sozialbeitragssätze ebenfalls angehoben wurden. Der Anstieg der Sozialbeitragssätze hängt aber mit dem Anstieg der relativen Zahl der Leistungsempfänger und dem Rückgang der relativen Zahl der Beitragszahler zusammen. Hombach suggeriert hier eine Einflußrichtung für Lohnzurückhaltung, die objektiv nicht existiert.

5. *"Einerseits ist die Lohnzurückhaltung, die die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an den Tag legten, weitgehend verpufft: ..." (S. 84)*

Hier sollte erklärt werden, daß die mit dieser Lohnzurückhaltung gekoppelte Gewinnerhöhung der Unternehmen erst die Möglichkeit verbesserte, den Preiskampf auf den Exportmärkten und die Anhebung der Direktexporte von Kapital zu betreiben und schließlich jenen hohen Exportüberschuß zu realisieren, der dann zu Aufwertungen für die D-Mark führte. Diese Lohnzurückhaltung beförderte die Exporthöhe der deutschen Wirtschaft, schuf damit aber auch die Voraussetzungen für die Importe auf dem Binnenmarkt ebenso wie für den DM-Kaufkraftgewinn beim Auslandstourismus. "Verpufft" ist allerdings jener potentielle Zugewinn infolge des zu geringen Bruttolohnanstiegs in diesem o.a. Zeitraum, der durch den Preiskampf nicht als Kaufkraft in die deutschen Exportunternehmen zurückfloß ebenso wie jener Teil, der durch Preisinflation auf dem Binnenmarkt entwertet und damit real nachfrageunwirksam wurde.

6. *"Die Belastung der abhängigen Beschäftigung durch Steuern und Abgaben wurde in Deutschland in irrwitzige Dimensionen getrieben, das ist der gemeinsame Nenner aller Diagnosen zur Krise des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes." (S. 79)*

Die Quote für Steuern und Abgaben (am deutschen Bruttoinlandsprodukt) zeigt weder "irrwitzige Dimensionen" noch internationale oder europäische Spitzenposition, wie die verfügbare Statistik belegt. /1/ Eine Nettolohnquote am Bruttolohn jedoch ist international insofern nicht aussagefähig, weil hierin die Belastung durch die sehr unterschiedlichen indirekten Steuern fehlt. Bekanntlich liegt die Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik am unteren Ende der internationalen Mehrwertsteuer-Skala. /2/ In gewissen Ländern erfolgen die dortigen Sozialleistungen jedoch direkt aus den im Vergleich höheren Mehrwertsteuer-Einnahmen, bei äußerst geringen Sozialabgaben.

Aberwitzig ist es, die Steuer- und Abgabenlast für die abhängig Beschäftigten zur Ursache für die "Krise des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes" zu stempeln:

Hier wird davon abgelenkt, daß die akute Finanzierungskrise des Staates direkt und in voller Höhe durch die fortgesetzte Entlastung von direkten Steuern bei den Unternehmensgewinnen und durch die massive Kapitalflucht in Steueroasen erklärbar ist. Beide Gründe kosten den Staat jährlich ca. 150 Milliarden DM an sonst möglichen Steuereinnahmen. Rechnet man die praktizierte Kapital- und Gewinnverlagerung von global agierenden Konzernen ins Ausland ein, dann gehen der Bundesrepublik jährlich potentielle Direktsteuereinnahmen in enormer Größenordnung verloren.

Auf dem Arbeitsmarkt ergeben die Last von Lohnsteuern und Sozialabgaben (einschl. Unternehmerbeiträge) keineswegs eine Verminderung auf der Seite der vorhandenen Gesamtnachfrage nach Arbeit: Einmal deswegen, weil diese Last der Marktnachfrage für Konsumgüter schließlich nicht verlorenggeht, sondern nur den Umweg über die Umverteilung nimmt.

Zum anderen deswegen, weil Lohnsteuern und Sozialabgaben Bestandteil der Arbeitskosten und damit auch der Höhe der Lohnstückkosten sind, letztere jedoch auch im internationalen Vergleich für die westdeutsche Industrie gar nicht ungünstig liegen oder wettbewerbshinderlich wirken. Dies hängt damit zusammen, daß höhere deutsche Arbeitskosten durch noch höhere deutsche Produktivität mehr als ausgeglichen werden. (Entgegen der neoliberalen Standortlegende.)

7. *"Der Abgabenkeil bremst die Konsumkonjunktur und verhindert gleichzeitig, daß Unternehmen in Arbeitsplätze investieren."* (S. 80)

Eigentlich ist es nicht der "Abgabenkeil" für die Arbeitnehmer, der hier letztlich gemeint sein kann, sondern nur jener Teil der Sozialabgaben, der innerhalb von Lohnzusatzkosten von den Unternehmen selbst entrichtet wird. Dieser Teil (auch "Lohnnebenkosten" genannt) mindert den Bruttogewinn.

In diesen Lohnnebenkosten sind enthalten: Arbeitgeberanteil der gesetzlichen Sozialversicherung, sonstige Zahlungen an die Arbeitnehmer für die soziale Sicherheit (tarifliche, arbeitsvertragliche, freiwillige) sowie Kosten für Berufsausbildung und Aufwendungen sozialer Art.

Ein übernationaler Vergleich zeigt, daß die Beiträge der Arbeitgeber für die soziale Sicherheit relativ zu den Arbeitskosten in Deutschland keineswegs an der Spitzenposition liegen. Sie sind in 6 anderen EU-Staaten sogar relativ höher. /3/ Für 1994 erreichten die Arbeitgeberbeiträge an den Einnahmen zur Finanzierung für Sozialleistungen zwar in Deutschland 38,4 %, jedoch war dieser Anteil in 5 anderen EU-Ländern noch höher, darunter in Frankreich, Italien und Spanien. /4/ Für 1993 liegen Angaben vor, wonach die

Anteile aller Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt in Frankreich 19,6 %, in den Niederlanden 18,3 %, in Italien 17,7 %, in Belgien 16,3 % und in Deutschland 15,1 % erreichten. (OECD-Angaben, 1995)

Ferner: Unternehmerseitige "Lohnnebenkosten" sind Bestandteil der Arbeitskosten insgesamt, also auch der Lohnstückkosten. Da letztere fallende Tendenz für Deutschland im übernationalen Vergleich zeigen, entwickeln sich die deutschen Stückgewinne ebenfalls positiv. Woraus soll dann eine "Bremswirkung" für die Investitionen resultieren?

Von der zitierten Aussage bleibt noch der letzte Teil zu kommentieren, der sich auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze bezieht.

Wenden wir uns in diesem Zusammenhang jenen Vorteilen zu, die für die Unternehmen schon aus den bisherigen Gewinnsteuersenkungen direkt erwachsen sind. /5/ Die gesamte Gewinnsteuerquote ist seit Beginn der 90-er Jahre wesentlich reduziert. Zwischen 1991 und 1997 sanken die Einnahmen des Staates aus der (veranlagten) Einkommens- und der Körperschaftssteuer von 73,2 Mrd. DM auf 39,0 Mrd. DM lt. Statistik. /6/ An flüssigen Mitteln für die Investitionen ("Investitionsfähigkeit") fehlt es den westdeutschen Produktionsunternehmen im Durchschnitt keineswegs, wie auch die Bundesbank kürzlich offiziell bekanntmachte.

Hombach lenkt hier davon ab, daß die Investitionsneigung der Unternehmen sich über einige Jahre aus Gründen einer nicht ausreichenden Renditeerwartung verschlechtert hat.

Diese hängt aber logischer Weise von der binnenmarktwirksamen Gesamtnachfrage ab, nicht von einer Umverteilung. (Wieder der Fehler, der auf Ignorance der Wirtschaftskreisläufe basiert.) Sie hängt aber auch von konkurrierenden höheren Renditen auf den Finanzmärkten ab, die mobiles Kapital anziehen und der realen Investition entziehen.

Die Lösung dieser Investitionsbremse setzt voraus, daß sich die Renditen in der Realwirtschaft erheblich verbessern, und zwar wiederum durch relative Bruttolohnkostensenkung bei insgesamt stagnierenden (Welt-)Marktumsätzen, oder aber durch die angestrebte Marktexpansion infolge Nachfrageerweiterung.

Weltfinanzmarktkrisen, die auf die Realwirtschaft übergreifen, bilden immer eine echte Bremse für Arbeitsplatzinvestitionen, doch dies ist nicht das Hombachsche Thema.

8. *"Entscheidend für die Zurückhaltung bei Einstellungen ist jedoch, daß die Arbeitsstunde in den alten Ländern mittlerweile fast 9 Prozent teurer ist als noch 1991." (S. 80) Parallel stieg die Produktivität je Beschäftigten zwischen 1991 und 1997 um 17,6 %, also fast doppelt so hoch an. /7/*

Oben zitierte Aussage ignoriert, daß sich die realen Stundenlöhne durchaus erhöhen können und dürfen, sofern auch die Produktivität proportional oder sogar überproportional dazu angestiegen ist. Für letzteren Fall sinken die Lohnstückkosten! Dementsprechend fehlt auch in Hombachs ökonomischer Bibel jede Begründung für eine "produktivitätsorientierte" Lohnpolitik.

Hier sei beiläufig erwähnt, daß noch vor der Bundestagswahl sowohl DGB- als auch SPD-Führung einig waren in der begründbaren Auffassung für eine Lohnpolitik der Produktivitätsteilnahme zwecks Ausweitung der Binnenmarktnachfrage. Das oben Zitierte

von Hombach bedeutet Rückfall in vordergründige Sozialdemagogie.

9. *"Der Finanzierungsbedarf des Staates und der sozialen Sicherung führt zu steigenden Steuern und Abgaben, die wiederum belasten die Beschäftigung, der Arbeitsmarkt kriselt, die Kosten der Sicherungssysteme steigen, und so weiter und so fort." (S.84)*

Natürlich wäre hier konkreter zu zeigen gewesen, warum "der Finanzierungsbedarf des Staates" überhaupt steigt und warum dies bewirken solltet, daß "der Arbeitsmarkt kriselt".

Immerhin hat sich seit der staatlichen Vereinigung der "Finanzierungsbedarf des Staates" durch mehr als eine volle Billion DM einer weiteren Staatsverschuldung decken lassen: ein grandioses Konjunkturprogramm mittels Nachfrageerweiterung auf dem Binnenmarkt. Es ist nicht logisch erfaßbar, wieso dies nun dazu führen sollte, daß "der Arbeitsmarkt kriselt". Natürlich stiegen auch die Lohnsteuern und die Sozialabgaben für Arbeitnehmer an, nicht zuletzt auch wegen der Folgekosten der deutschen Vereinigung. Aber eine gesamtgesellschaftliche Verringerung der kauffähigen Einkommen trat deswegen nicht ein.

Wenn "der Arbeitsmarkt kriselt", eine niedliche Umschreibung der überwiegend strukturellen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, dann hat das ganz andere Gründe als die oben von Hombach behaupteten. Hier folgt er verkapt der neoliberalen Standort-These, daß Abbau von Haushaltsdefiziten über konsolidierende Einsparungen schon gleichbedeutend mit der Entlastung für den Arbeitsmarkt sei. Dies war aber eines der real unbeweisbaren Argumente der alten Bundesregierung.

10. *"Man kann nicht mehr davon ausgehen, daß Wirtschaftswachstum auch zusätzliche Einnahmen beschert - die Steuern koppeln sich vom Wachstum ebenso ab wie der Arbeitsmarkt." (S. 87)*

Wer eine solche Auffassung ernsthaft als Axiom für neue Wirtschaftspolitik vertreten wollte, der sollte alle Erwartungen oder Maßnahmen unterdrücken, die auf eine solche Kopplung setzen. Dann wird insbesondere der Ruf nach einer höheren Investitionsbereitschaft zwecks Anhebung des Wachstums desavouiert, der mit der Motivation weiterer Gewinnerhöhung gekoppelt ist.

Internationaler Wettlauf in der Senkung der Unternehmens- und der (veranlagten) Einkommenssteuern führt natürlich dazu, daß sich das resultierende Steueraufkommen vom nominellen Wirtschaftswachstum "abkoppelt", indem es nur unterproportional bzw. überhaupt nicht steigt. Die Kohl-Ära hat hierin eine längere Tradition geschaffen, die schwer korrigierbar sein dürfte.

Wenn der Arbeitsmarkt sich vom Wirtschaftswachstum "abkoppelt", dann bedeutet dies, daß sich die Beschäftigung nicht mehr unterhalb einer Wachstums-"Schwelle" erhöht - die empirisch bei etwa 2,5 % Wirtschaftswachstum liegt. Gleichzeitig gilt, daß die Produktivität langsamer als das Wachstum steigen und die Normalarbeitszeit hierbei gleichbleiben muß.

Eine andere Kausalkette gilt natürlich für die Entwicklung des Angebots von freiverfügbaren Arbeitskräften nach Höhe und Struktur auf dem Arbeitsmarkt.

Hombach übergeht völlig die Tatsache, daß rasch wachsende Produktivitätssteigerung die Chancen für neue Arbeitsplätze nicht erhöhen kann, wenn nicht gleichzeitig die Nachfrage für ein noch höheres Wirtschaftswachstum existiert oder erzeugt wird. Damit ignoriert er

wichtige Erkenntnisse der volkswirtschaftlichen Wachstumstheorie.

*11. "Damit betragen die (zusätzlichen) Arbeitskosten dann das Vierfache der zusätzlich erzeugten Binnennachfrage." (S. 85)*

Dies lt. Hombachs Beispielrechnung als Folge von 100 DM Bruttolohnanstieg - gleichzeitig als Beweis für die letztendliche "Sinnwidrigkeit" von Bruttolohnanstieg überhaupt.

Hier liegt ein Meisterstück eindimensionaler Vereinfachung und unternehmensbezogener Engsichtigkeit vor, das wesentliche volkswirtschaftliche Zusammenhänge systematisch ausblendet. Verständlich wird das "Beispiel" aber erst bei logischem Nachvollziehen und Kommentierung. Zitat: Wenn der Unternehmer dem Arbeitnehmer (verheiratet, zwei Kinder) "...100 Mark mehr zahlt, bleiben nach dem Zugriff des Staates andererseits gerade 43,13 Mark, die er ausgeben könnte. 1996 legten die Deutschen außerdem immerhin 11,6, Prozent ihres Nettoeinkommens auf die hohe Kante, von der fiktiven Lohnerhöhung gehen also noch einmal 5 Mark ab. Und auch von den übrig bleibenden 38,13 Mark profitiert die deutsche Wirtschaft nur zum Teil, denn abzuziehen wären streng genommen noch bundesweit jährlich 70 Milliarden Mark (!) für Urlaubsreisen ins Ausland und, wenn man es auf die Spitze treiben will, auch noch die Ausgaben für importierte Güter und Dienstleistungen, deren Wertschöpfung außerhalb Deutschlands anfällt - 10,9 Prozent des Durchschnittseinkommens gehen für den Kauf ausländischer Ware drauf. Alles in allem bleiben von 100 Mark Einkommensplus 27,23 Mark für den Binnenmarkt übrig. Hinzu kommt, daß die 100 Mark Lohnerhöhung aus der Sicht des Unternehmers tatsächlich 121 Mark sind, denn er trägt zusätzlich seinen Anteil an der Sozialversicherung." (S. 84/85) Damit würde also der Arbeitgeber 121 D-Mark für 27,23 D-Mark Kaufkraft auf dem Binnenmarkt tragen - glatt "sinnwidrig"!

Hier wird zunächst suggeriert, daß die Lohnabzüge und ein üblicher Sparbetrag irgendwie als Kaufkraft verschwinden. Sie werden tatsächlich nicht vom Arbeitnehmer direkt konsumiert, bleiben aber letztlich durchaus in einer andersbestimmten Endverwendung von Einkommen auf dem Binnenmarkt.

Weiterhin soll noch der Aufwand für Auslandstourismus /8/ und für Importgüter abgerechnet werden, weil sie eine ausländische Wertschöpfung realisieren. Die hierfür abgezweigte Kaufkraft dient aber dem späteren Kauf deutscher Exportgüter im Ausland, d.h. die Kaufkraft fließt umgehend in die deutsche Wirtschaft zurück: Kein echter oder endgültiger Kaufkraftverlust für den Binnenmarkt.

Natürlich gehen die 21 D-Mark der Lohnnebenkosten des Unternehmers, die über 100 DM Lohnerhöhung hinaus in die Arbeitskosten fließen, in Form von Ausgaben für staatliche Sozialleistungen ebenfalls dem Binnenmarkt nicht verloren.

Die grauenerregende Schwindsucht von 121 DM Arbeitskosten in bloß ein Viertel von "zusätzlich erzeugter Binnennachfrage" erscheint als Hombachscher Hokusfokus. Er wurde vorgetäuscht, weil die Kaufkraft des einzelnen Arbeitnehmers nicht die Höhe der Kaufkraft aller Arbeitskosten umfaßt, die letztlich auf dem Binnenmarkt in den Kreislauf zur Endverwendung einfließen müssen.

Die Zielrichtung des Hombachschen Beispiels wird dann auch unumwunden wie folgt umrissen: "Auf der anderen Seite aber verpufft auch die Nachfragewirkung jeder Lohnerhöhung, solange sie durch steigende Lohnzusatzkosten aufgezehrt wird..." (S.154)

Seit wann sind Lohnzusatzkosten Teil der Bruttolöhne? Da sollte man also die Finger von Bruttolohnerhöhungen lassen und jede "produktivitätsorientierte" Lohnpolitik aufgeben, sofern (aus völlig unabhängigen Gründen) "steigende Lohnzusatzkosten" drohen.

12. *"Von 1991 bis 1997 sind dem Bundeshaushalt durch Steuerechtsänderungen 71,9 Milliarden Mark zugeflossen,..." (S. 87)*

Diese Feststellung erfolgt im Zusammenhang zur Steuerreform mit dem Ziel, ein Motiv abzubilden: kräftig Steuern zu senken. Kurz darauf das Eingeständnis: "In nur fünf Jahren sackte die (veranlagte) Einkommenssteuer von 41,5 Milliarden Mark (1992) auf nur wenig mehr als ein Zehntel (4,5 Milliarden) in 1997..." (S. 88) Welch ein Rückschritt für die Steuergerechtigkeit, mag der Leser glauben. Aber Hombach hat dies nicht zeigen wollen und fährt sogleich fort: "Das eigentliche Problem ist aber ein absurd intransparentes Steuersystem, das kein Bürger mehr verstehen kann." (S.88)

Da haben wir es: die "absurde" Intransparenz ist der eigentliche Gegner, nicht die Steuergerechtigkeit.

13. *"Die Steuersätze im oberen Bereich der Skala an das heute unter tausend Steuertricks und Abzugsmöglichkeiten tatsächlich Gezahlte anzupassen ist schlicht ein Gebot der Vernunft." (S.86)*

Hier bedient Hombach die obere Einkommensgruppe mit der Aussage, Steuerspitzensätze "an das tatsächlich Gezahlte anzupassen", was am Ende besagt, das sich ihre tatsächlich gezahlten Steuern überhaupt nicht im Volumen ändern sollten.

Woher aber dann die Gegenfinanzierung für eine durchgängige Steuersenkung innerhalb der veranlagten Einkommenssteuern hernehmen? Diese Frage bleibt offen.

"Die Steuerschlupflöcher machen 26 Prozent des gesamten Volumens der Firmenbilanzen aus, dreimal soviel wie in Frankreich und Italien." (S. 90) Hombach läßt unbestimmt, ob er glaubt, daß abgesenkte Spitzensteuersätze dort zur Steuerehrlichkeit führen, wo bisher jede Zahlung vermieden wurde. Ach Verzeihung, er will ja nur an das "tatsächlich Gezahlte anpassen"!

"1994 betrug die Summe aller in Deutschland erzielten Einkommen 2.569 Milliarden Mark. Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer schöpften davon im selben Jahr ganze 15,6 Prozent ab." (S. 91) Winkt da nicht ein Universalsteuersatz von 15 % ?

Vielleicht nährt dies vordergründig die neoliberale These, daß zu hohe (veranlagte) Einkommenssteuersätze für gewerbliche Einkünfte neue Arbeitsplätze verhindern. Der internationale Vergleich zeigt jedoch, daß die deutschen Spitzensteuersätze auf "Einkommen aus gewerblichen Einkünften" und ebenso die "Körperschaftssteuern für ausgeschüttete Gewinne" keine Spitzenstellung erreichten, im Gegenteil:

1996 lagen die o.g. Spitzensteuersätze in den Niederlanden, Schweden, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und Österreich über den deutschen. Bei der o.g. Körperschaftssteuer lag Deutschland sogar an niedrigster, d.h. günstigster Stelle. /9/

Bezieht man die deutschen großzügigen Abschreibungsregelungen (u.a. Sonderabschreibungen) in die Gewinnbetrachtung mit ein, so lagen bisher die erreichbaren

Netto-Renditen insgesamt durchaus höher als im Ausland. Deutsche Unternehmen hatten insofern keinen Grund, über ihr "Hochsteuerland" zu klagen.

14. *"Im Jahr 2001 werden 65,8 Prozent des Sozialbudgets von den Beschäftigten und den Unternehmen geschultert." (S. 192)*

Dies ist indessen kaum verwunderlich, weil ja das deutsche Sozialversicherungssystem schon immer darauf aufbaut, die Lasten zwischen Beitragszahlern, Unternehmen und Staat (mit Ausnahme der Pflegeversicherung) in etwa zu dritteln.

Die deutsche Sozialleistungsquote (am Bruttoinlandsprodukt) steht im internationalen oder europäischen Vergleich bisher keineswegs an höchster Stelle, wie die Statistik zeigt. /10/ Selbst die von Hombach zitierte Prognose für eine Zuwachsrate von jährlich 1,7 % für die Sozialleistungen würde diese Quote nicht hochtreiben, sofern das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts deutlich darüber liegt.

Mit den angestrebten Chancen für eine erhebliche Senkung der Arbeitslosigkeit aber würden sich die Sozialleistungen tendenziell zumindest relativ oder absolut verringern lassen, sofern auch die Erwerbsquote mindestens gleichbleibt oder ansteigt.

Die Frage ist, ob Hombach seinen eigenen Vorschlägen zur Entlastung des Arbeitsmarktes eine solche Wirkung zuerkennt. Eine bloße Rückführung der Erwerbsneigung und des Erwerbspersonenpotentials reduziert zwar auch Arbeitslosigkeit, aber schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze: höhere Wertschöpfung unterbleibt insofern und folglich auch der resultierende Zuwachs an Einnahmen aus Sozialbeiträgen.

Es ist eben ein wesentlicher Unterschied, ob man die Senkung der Arbeitslosigkeit forciert oder die Zunahme von Arbeitsplätzen (in Regelarbeitszeit) zur Zielsetzung hat. Hieran scheidet sich übrigens auch die Strategie für den "Aufbau Ost".

15. *"... daß der Sozialstaat nicht ein definiertes Existenzminimum und die individuelle Chance für einen Neuanfang absichert, sondern Lebensstandard und Status." (S. 194)*

Denkt man an den Unterschied zwischen dem steuerlichen und einem wahren sozialnormativen Existenzminimum, dann trifft man schon auf definitorische Schwierigkeiten, zumal wenn man die Dynamik der Lebenshaltungskosten einbezieht.

Auch über die typisch durchschnittliche Höhe der Arbeitseinkommen abhängig Beschäftigter läßt sich streiten, wenn erfaßbare sehr niedrige Verdienste für Teilzeitarbeit oder unregelmäßige Zeitarbeit die Durchschnittsbildung deutlich absenken. Die an der 60%-Grenze des Netto-Durchschnittseinkommens gespiegelte relative Armutsgrenze ist daher interpretierbar.

Vergleicht man mit dieser relativen Armutsgrenze die tatsächlichen Einkommen der Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Altersrente und Sozialhilfe für den Lebensunterhalt, dann wird wohl klar, daß für die Masse der Empfänger von Sozialleistungen weder der frühere Lebensstandard noch der alte soziale Status generell gesichert wurden, insbesondere nicht für jene, die zuvor weit unter dem Durchschnitt der früheren regulären Lohneinkommen lagen.

Es ist nach Hombachs Einlassung aber nicht mehr weit zu der extremen Deutung, daß Armut in der gegenwärtigen Gesellschaft gar nicht mehr existiere, solange der Sozialstaat

den "Lebensstandard und Status" absichert.

16. *"Noch klammert sich die Politik an das 'Normalarbeitsverhältnis', als Grundlage eines statischen Modells vom Leben und Arbeiten, das auf Sicherheit und Versorgtsein ausgerichtet ist." (S. 184) "...Erwerbstätige in unbefristeten Vollzeitjobs, 1996 waren es noch 66,7 % " (S. 185)*

Gegen diese Sicherheitsmentalität rückt Hombach die Vorzüge und Chancen von flexibler Arbeitszeit und Arbeit auf Abruf, Teilzeitarbeit, Zeitarbeitsverhältnissen, Leiharbeit sowie öffentlich geförderten Arbeitsplätzen nebst ebenso geförderten Qualifikationspausen ins Blickfeld. Über die Entwicklung von realen Nettoeinkommen je Beschäftigten im Jahr oder pro Arbeitsstunde bleibt der Phantasie aber jeder Spielraum. Allerdings ist erkennbar von Hombach hingeführt, daß es um eine außertarifliche Organisation von Absenkung der monatlichen Bruttoeinkommen je Beschäftigten letztendlich geht.

In der Folge steht dann logischer Weise jenes Altersrentensystem zur Disposition, das noch auf 45-jähriger Berufsbiografie bei Vollbeschäftigung basiert und einst eine 70-%-Rentenhöhe vom erzielten Nettoeinkommen garantieren sollte.

17. *"... doch in Deutschland fehle noch die Erkenntnis, daß es sich bei den wirtschaftlichen Problemen nicht um eine Rezession handelt, sondern um eine Strukturkrise, und daß eine Strukturkrise nicht innerhalb der bestehenden Strukturen gelöst werden kann. Deutschland müsse den Wandel von einer auf Produktion ausgerichteten Wirtschaft zu einer auf Ideen und Wissen basierenden Wirtschaft vollziehen -", zitiert Hombach einen amerikanischen Soziologen. (S. 153)*

Offenbar begreift Hombach die USA-Wirtschaft als Denkmuster für eine "auf Ideen und Wissen basierende Wirtschaft". Deren Struktur gilt es hierzulande nachzuvollziehen oder im harten globalen Konkurrenzkampf noch zu übertrumpfen.

Als vorzügliches Experimentierfeld für solchen postindustriellen Strukturwandel müßte Hombach dann die ostdeutsche Entwicklungsregion erscheinen, die ja die alten Strukturen per Treuhand-Destruktion schon verloren hat. Aber man wird für Ostdeutschland kein "auf Ideen und Wissen basierendes" Entwicklungsmuster in der Hombach-Bibel vorfinden, das beispielhaft für Deutschland Geltung hätte.

Richtig erscheint mir, daß man mit Mitteln für Rezessionsbekämpfung kaum den Erfolg in Strukturkrisen bewältigen könne. Doch immer wieder wird in Deutschland gerade dann das Bewußtsein für eine Strukturkrise geweckt, wenn man gerade in der aktuellen Konjunkturkrise steckt. Später, im Aufschwung, vergißt sich die Strukturkrise leicht wieder. Das Denken reicht zuoft nicht weiter als bis übermorgen. Ob dies eine Folge der marktwirtschaftlichen Unsicherheit jeder gesellschaftlichen Voraussicht sein könnte?

Im übrigen wäre es gut zu erfahren, wie die USA-Wirtschaft im globalen System funktioniert, so sie "auf Ideen und Wissen" basiert. Wo diese ideell basierte Wertschöpfung entsteht, welcher Anteil des Erwerbsspersonentials hieran beteiligt werden soll, welcher Anteil des Bruttoinlandsprodukt diese Art der Wertschöpfung verkörpert und wo sie dann marktmäßig im Austausch mit elementaren Gütern realisiert wird, wäre schon wichtig zu erfahren. Dann könnte man abschätzen, wieviel solche geballte ideelle Wertschöpfungspotenz in den höchstentwickelten Konkurrenzwirtschaften eine Erde erträgt, auf der die überwältigende Mehrheit der Menschen vorwiegend in materieller Not, in gesundheitlicher Unterversorgung und in Selbstzerstörung

dahinvegetiert - ein riesiger Sog für "normale" materielle Güter.

Inzwischen geht die Vernichtung der natürlichen Ressourcen global weiter, die von jenen betrieben wird, denen "Ideen und Wissen" keinen Profit einbringen.

Irgendwie fehlt bei Hombach der Glanz für eine Vision, die über die Interessen der "neuen Mitte" an produktivitäts- und innovationsfördernden Vorzügen neuer Politik hinausreicht und die künftige Risikogesellschaft zum Ideal für alle verklärt.

Sicherlich ist die vorstehende Auswahl von Textstellen aus der neuen Hombach-Bibel begrenzt und letztlich auch subjektiv. Sie wirft aber ein bezeichnendes Licht auf Logik und Argumentstil des Buches in wichtigen ökonomischen und sozialpolitischen Detailfragen.

Gewiß auch eine Aufforderung, den Rest und das Ganze kritisch zu prüfen. Dabei muß der Unterschied zwischen Hombachs scharfer Kritik der Lage und den Aspekten "moderner Politik für die Mitte" einen eigenen "sozialen Reiz" entfalten.

## Nachweise und Tabellen:

## /1/ Steuern und Sozialabgaben 1996 in % vom BIP

Schweden	55,2 %
Dänemark	52,2
Finnland	48,8
Belgien	47,0
Österreich	45,7
Frankreich	45,5
Niederlande	45,2
Luxemburg	43,0
Italien	42,9
Deutschland	42,0
Großbritannien	35,9
Spanien	35,2
Irland	34,5
EU-Durchschnitt	42,4 %

Quelle: DGB, "Informationen zur Wirtschafts- und  
Strukturpolitik", Nr. 7/97, S. 23

## /2/ Mehrwertsteuersätze 1996

Dänemark	25 %
Schweden	25
Finnland	22
Belgien	20,5
Irland	21
Frankreich	20,6
Österreich	20
Italien	19
Griechenland	18
Niederlande	17,5
Großbritannien	17,5
Portugal	17
Spanien	16
Luxemburg	15
Deutschland	15 (ab 1998=16)

(BMF 1997, nach Pressemeldungen)

/3/ Sozialbeitragsanteile der Arbeitgeber an den Arbeitskosten  
in der Industrie (1992)

Belgien	31,5 %
Schweden	31,3
Frankreich	28,5

Italien	27,3
Niederlande	22,6
Spanien	22,5
Deutschland	21,4

-----  
 Quellen: BMfA, "Statistisches Taschenbuch '98", 9.11 und  
 Eurostat, "Statistische Grundzahlen der EU", 3.43  
 -----

/4/ BMfA, "Euro-Atlas", 1997, S. 13

/5/ Durchschnittliche Belastung mit Unternehmenssteuern  
 -----

Für 1996 (?)	In % des BIP
--------------	--------------

Deutschland	1,6 %
Italien	4,0
USA	4,3
Japan	4,3
Großbritannien	5,1 %

-----  
 (Angaben von Rudolf Scharping, lt. Pressemeldung April 1998)

/6/ BMfA, "Statistisches Taschenbuch '98", 1.22

/7/ BMfA, a.a.O., 1.7

8/ Nebenbei: Die zitierten 78 Mrd. DM für den Auslandstourismus der Deutschen hier als absoluten Posten anzuführen durchbricht die ganze Logik des vorliegenden Nachweises, der für den bloßen Lohnzuwachs von 100 Mark gilt.

/9/ BMF, "Info-Dienst zur Finanzpolitik des Auslands", Juli 1996

/10/ Sozialleistungsquoten in der EU (1994) auf Basis BIP  
 -----

Finland	34,8 %	Spanien	23,6
Dänemark	33,7	Irland	21,4
Niederlande	32,3	Portugal	19,5
Frankreich	30,5	Griechenland	16,0
Deutschland	30,8	-----	
Österreich	28,6	Quelle: BMfA, "Euro-Atlas",	
Großbritannien	28,1	1997, S. 16	
Belgien	27,0	-----	
Italien	25,3		
Luxemburg	24,9		